

Anwesend:

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussvorsitzender Marvin Hager
Stellv. Ausschussvorsitzende Christina Heide

Mitglied CDU-Fraktion

Ausschussmitglied Heidi Bosse
Ausschussmitglied Thomas Suberg

Mitglied Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW

Ausschussmitglied Darwin Reinhard

Mitglied Gruppe "Die BUNTEN"

Ausschussmitglied Petra Stomberg

Mitglied Gruppe "GRÜNE und GfW"

Ausschussmitglied Walther Schäfer

Mitglied Gruppe FDP/FW

Ausschussmitglied Michael Kiesewetter

Elternvertreterin

beratendes Mitglied Doris Voges

Jugendhilfe

Stimmberechtigter Sachverständiger Andreas Koût
Stimmberechtigter Sachverständiger Rainer Lauermann
Stimmberechtigter Sachverständiger Rüdiger Schaarschmidt
beratendes Mitglied Janine Caspers
beratendes Mitglied Dr. Eva Maria Haarmann
beratendes Mitglied Ulrike Luhmann
beratendes Mitglied Jasmin Meiners
beratendes Mitglied Gabriele Willich

Gleichstellungsbeauftragte

beratendes Mitglied Nicole Biela

Leiter des Jugendamtes

beratendes Mitglied (kraft Amtes) Jörg Ratzmann

Röm.-kath. Kirche

beratendes Mitglied Andreas Bolten

Stadtjugendpfleger

beratendes Mitglied Jan Gerjets

Es fehlte entschuldigt

Ausschussmitglied Manuel Baruschke

Ausschussmitglied Anja Sanchez Mengeler

Ausschussmitglied Dr. Uwe Weithöner

Grundmandat Thorsten Moriße

Stimmberechtigte Sachverständige Ilona Margowski-Möhlmann

Stimmberechtigter Sachverständiger Alexander Witton

Stimmberechtigter Sachverständiger Klaus Puschmann

beratendes Mitglied Hildegard Biermann

beratendes Mitglied Claudia Lehnort

beratendes Mitglied Inga Schollenberger

beratendes Mitglied Elisabeth Witt

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschriften über den öffentlichen Teil der Sitzungen vom 10.01.2024 sowie 13.12.2023
- 4 Vereidigung der neuen Mitglieder des Jugendhilfeausschusses
- 5 Vorlagen an den Jugendhilfeausschuss
- 5.1 Änderung der Staffelung der Kostenbeiträge für die Betreuung von Kindern in **28/2024**
Kindertagesstätten in der Stadt Wilhelmshaven
- 6 Mitteilungen und Anfragen
- 6.1 Aktueller Sachstand der KiTa-Planungen
- 6.2 Haushaltsplanung und -beratung
- 6.3 Sachstand zum Schutzkonzept für die Flüchtlingsunterkunft
- 6.4 Termine 2024

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Hager eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit sowie die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Die Feststellung der Tagesordnung erfolgt einstimmig.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

3 Genehmigung der Niederschriften über den öffentlichen Teil der Sitzungen vom 10.01.2024 sowie 13.12.2023

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 13.12.2023 wird genehmigt.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

Die Abstimmung zur Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 10.01.2024 wird wegen Nichtvorliegen des Protokolls vertagt.

Beschluss:

-vertagt-

4 Vereidigung der neuen Mitglieder des Jugendhilfeausschusses

Die Vereidigung der neuen Mitglieder des Jugendhilfeausschusses wird aufgrund ihrer Abwesenheit vertagt.

5 Vorlagen an den Jugendhilfeausschuss

5.1 Änderung der Staffelung der Kostenbeiträge für die Betreuung von **28/2024** Kindern in Kindertagesstätten in der Stadt Wilhelmshaven

Herr Ratzmann stellt die Beschlussvorlage 28/2024 vor. Die Beschlussvorlage sei bereits im Vorfeld öffentlich diskutiert worden, hierbei sei es zu der Vermischung zweier Themen gekommen: Der tatsächlich geleistete Beitrag der Eltern richte sich zum einen nach dem Beitrag der KiTas, zum anderen nach einer prozentualen Staffelung, durch die das Einkommen der Eltern berücksichtigt werde.

Der KiTa-Beitrag sei in der Vergangenheit individuell gehandhabt worden, nun haben sich alle KiTa-Träger in einem langfristigen gemeinsamen Prozess auf einen Sockelbeitrag geeinigt. Dieser Beitrag stamme nicht aus der Verwaltung, sondern sei gemeinsam mit den KiTa-Trägern erarbeitet worden, und beinhalte bei den meisten Trägern eine Beitragserhöhung aufgrund gestiegener Betriebskosten. In der vorliegenden Beschlussvorlage gehe es ausschließlich um die Staffelung, welche unabhängig von diesen Beiträgen sei. Bisher habe es drei Stufen gegeben, die neu vorgesehene Staffelung sei nun weiter ausdifferenziert und berücksichtige insbesondere die finanziellen Verhältnisse einkommensstarker und einkommensschwacher Familien verstärkt. Herr Ratzmann stellt die Berechnung anhand zweier Beispiele vor und gibt zu bedenken, dass die vorgeschlagene Staffelung für Kindertagespflege bereits beschlossen wurde.

Frau Breitenbach kritisiert das Vorhaben stellvertretend für den Stadtelternrat KiTa: Bei dem Prozess sei der Stadtelternrat zu wenig eingebunden worden, weiterhin seien in fast allen KiTas die Beiträge gestiegen. Für Eltern, die ihre Kinder aktuell für das kommende KiTa-Jahr anmelden, seien die Preise intransparent. Auch der Geschwister-Rabatt werde nicht berücksichtigt, was für einige Familien zu enormen Kostensteigerungen führe. Insbesondere mit Blick auf die fachkräftemangelbedingten Notbetreuungs- und Schließzeiten von KiTas seien Mehrkosten ohne steigende Zuverlässigkeit und Qualität für Eltern nicht zumutbar. Frau Breitenbach räumt ein, dass das Problem eher bei den Beiträgen als bei der Staffelung liege, gibt jedoch zu bedenken, dass die Differenzierung zwischen Beiträgen und Staffelung für Eltern nicht nachvollziehbar sei. Die Aufbesserung leerer Stadtkassen durch Elternbeiträge sei Zeugnis einer falschen Familienpolitik.

Herr Schönfelder dankt Frau Breitenbach für das Plädoyer und gibt zu bedenken, dass der kommunale Handlungsspielraum begrenzt sei – einige der angesprochenen Punkte seien in Verantwortung von Trägern, Land oder Bund. Die Staffelung sei unabhängig von den Beiträgen und verspreche für einkommensschwache Familien eine Entlastung, während Top-Verdiener mehr zahlen.

Herr Schaarschmidt ergänzt, dass es sich ausschließlich um Beiträge für Krippenkinder, Hortkinder sowie Randzeitenbetreuung handle, da KiTa-Plätze beitragsfrei seien. Die neue Staffelung sei differenzierter und gerechter. Die Angleichung der Beiträge sei bei einigen Einrichtungen durch lange Phasen, in denen die Beiträge nicht angepasst worden seien, ein Preisschock – dafür gelten jedoch ab dem 31.07. harmonisierte Sätze bei allen Trägern, was auch für die Eltern positive Effekte habe.

Frau Dr. Haarmann drückt Verständnis für Probleme wie Schließzeiten aus, gibt jedoch zu bedenken, dass diese in keinem Zusammenhang mit der Staffelung der Elternbeiträge stehen. Weiterhin erinnert sie daran, dass ebendiese Staffelung bereits für die Kindertagespflege beschlossen wurde und es merkwürdig wäre, hier etwas anderes zu beschließen. Es sei nicht sinnvoll, Beiträge anhand einzelner KiTas zu berechnen. Die Veränderungen seien nicht nur mit Verschlechterungen, sondern in vielen Fällen auch mit Verbesserungen verbunden. Die Vereinheitlichung

sei aus Trägersicht sinnvoll. Zum Geschwisterrabatt erklärt Frau Dr. Haarmann, dass dieser in der Vergangenheit uneinheitlich geregelt wurde und von der Staffelung nicht berührt werde. Der Geschwisterrabatt komme weiterhin ausschließlich dann zum Tragen, wenn beide Kinder unter drei Jahre alt seien, wobei es sich um Ausnahmen handele.

Herr Ratzmann pflichtet Frau Dr. Haarmann bei und ergänzt, dass der Prozess der Festlegung vereinheitlichter Elternbeiträge bereits im Dezember 2022 begonnen wurde, als der Stadtelternrat KiTa noch nicht gegründet worden sei.

Frau Stomberg und Herr Suberg erklären, dass die Differenzierung aus der Beschlussvorlage nicht so deutlich ersichtlich gewesen sei und wünschen weitere Informationen. Herr Suberg kündigt an, der Vorlage zuzustimmen, werde sich jedoch vor finalem Beschluss im Rat noch mit seiner Fraktion besprechen, befürwortet jedoch eine weitere Auseinandersetzung mit dem Geschwisterrabatt. Herr Reinhardt und Frau Heide erklären, dass in ihren Parteien weiterer Informations- und Beratungsbedarf bestehe und sie sich daher der Abstimmung enthalten.

Herr Schönfelder erklärt, dass die Anregungen aufgenommen werden.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt bei fünf Enthaltungen-

Die Änderung der Staffelung der Kostenbeiträge für die Betreuung von Kindern in Kindertagesstätten in der Stadt Wilhelmshaven wird in der anliegenden Fassung beschlossen. Der Beschluss 4/2013 wird ersetzt.

6 Mitteilungen und Anfragen

6.1 Aktueller Sachstand der KiTa-Planungen

Herr Ratzmann erklärt, dass die KiTa-Bedarfsplanung in einer der kommenden Sitzungen ausführlich dargestellt werde. Um die Anwesenden auf den aktuellen Stand zu bringen, führt er aus: In der Peterstraße habe es mehrere Einbrüche gegeben, nun erfolgen die Baumaßnahmen mit Investor/SOS Kinderdorf. In der Friedensstraße seien die letzten Papiere in Bearbeitung, anschließend könne der Bau mit Investor/WiKi beginnen. Die Umbaumaßnahmen im Gemeindehaus in Sengwarden seien gemeinsam mit der AWO in Umsetzung. Alle Projekte sollen 2025 eröffnen. In Fedderwarden liege der Grundriss vor, die Planungen schreiten voran.

Herr Hager begrüßt die Fortschritte.

6.2 Haushaltsplanung und -beratung

Herr Ratzmann erklärt, dass aktuell interne Beratungen zur Haushaltsplanung stattfinden und stellt die aktuellen Prozesse dar. Der Jugendhilfeausschuss werde fortlaufend darüber in Kenntnis gesetzt.

6.3 Sachstand zum Schutzkonzept für die Flüchtlingsunterkunft

Frau Wolf übernimmt fortan die Protokollführung.

Herr Schönfelder erklärt, dass das Konzept für die neue Flüchtlingsunterkunft stehe und hoffentlich in Kürze eine abschließende Einigung mit dem Vermieter erzielt werden könne. Das ehemalige St. Willehad Krankenhaus biete auf sechs Ebenen Platz für bis zu 350 Geflüchtete. Eine Ebene sei für unbegleitete Minderjährige vorgesehen, die von sozialpädagogischen Fachkräften betreut werden sollen. Weiterhin sei eine Trennung von Geschlechtern, Religionen und Kulturen geplant. Das Schutzkonzept soll regelmäßig überprüft und angepasst werden.

Herr Schaarschmidt erfragt, wie sicher die Umsetzung sei, da die Grundschule Rheinstraße ihre Räume dringend benötige. Herr Schönfelder erklärt, dass die Betreuung in der Grundschule gewährleistet werde, die Verhandlungen mit dem Vermieter jedoch herausfordernd seien. Herr Koût plädiert für eine dezentrale Unterbringung der Geflüchteten. Herr Suberg hebt die Vorteile einer zentralen Einrichtung hervor. Herr Hager spricht sich dafür aus, das Gebäude als zentrale Erstaufnahme zu verstehen und erinnert an den zeitlichen Druck zur Umsetzung des Vorhabens.

6.4 Termine 2024

Herr Ratzmann bietet an, dass der Jugendhilfeausschuss per E-Mail über alle wichtigen Termine informiert werde. Als Beispiel nennt er die Sofa-Konzertreihe in der Freizeitstätte am Krähenbusch (kommende Termine: 01.03.; 06.04.). Herr Suberg begrüßt das Vorhaben, Herr Walpurgis erklärt, dass auch Mitglieder des Rats interessiert seien. Herr Ratzmann schlägt eine Verteilung über Frau Muth vor.

Herr Schaarschmidt erklärt, dass die KiTa Bant II Bedarf für eine Notunterkunft habe, da eine Dachsanierung notwendig sei. Weiterhin spricht er sich dafür aus, dass der Jugendhilfeausschuss wie in der Vergangenheit an unterschiedlichen Orten tagen solle.

Herr Bolten informiert darüber, dass die katholische Kirche einen Kirchenverbund anstrebe.

gez.

Schönfelder
Erster Stadtrat

gez.

Hager
Vorsitzender

gez.

gez.

Homma/Wolf
Protokollführerin